

Auslandskonjunktur | 22.11.2016 | Lesezeit 3 Min.

Europa muss die Weltwirtschaft stabilisieren

Erst der Brexit, dann die Wahl Donald Trumps zum nächsten US-Präsidenten: Die Weltkonjunktur wird derzeit auf eine harte Probe gestellt. Auch wenn das globale Wachstum laut IW-Auslandsprognose im kommenden Jahr minimal zulegen wird, bleibt viel zu tun. Den Europäern kommen dabei gleich mehrere Aufgaben zu.

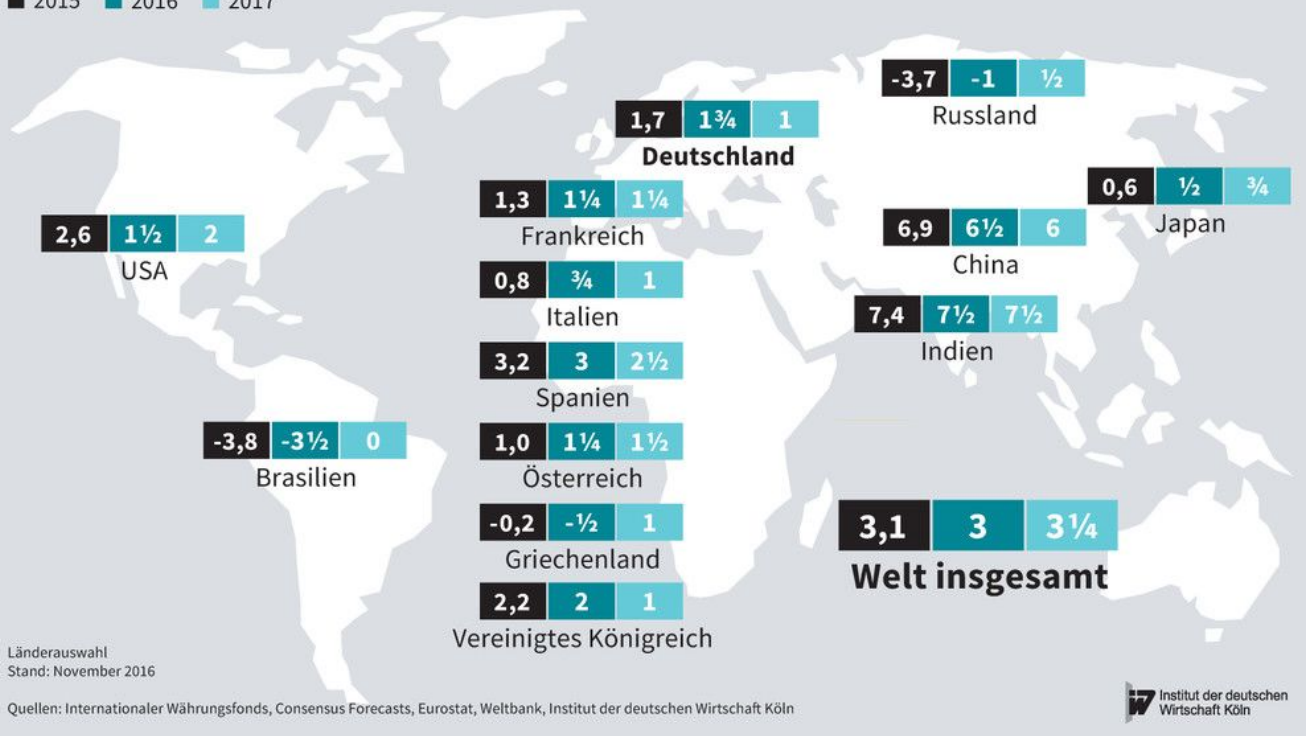
Auf den ersten Blick sieht die aktuelle IW-Prognose für die Weltwirtschaft gar nicht so schlecht aus (Grafik)

In diesem Jahr dürfte das Bruttoinlandsprodukt weltweit um 3 Prozent wachsen, für 2017 rechnen die IW-Konjunkturforscher mit 3¼ Prozent sogar mit einem etwas stärkeren Anstieg.

IW-Auslandsprognose für 2016 und 2017

Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr in Prozent

■ 2015 ■ 2016 ■ 2017



Hinter diesem Gesamttrend steckt, dass in einer ganzen Reihe von Ländern die Konjunktur anziehen wird – so beispielsweise in Russland, in Japan und in den USA. Und auch in einigen europäischen Staaten wird die Wirtschaftsleistung im kommenden Jahr voraussichtlich zulegen, etwa in Italien, in Österreich und in Griechenland. Da dieses Wachstum aber eher klein ausfällt und in vielen anderen EU-Ländern die Aussichten weniger rosig sind, wird das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für alle Euroländer 2017 gegenüber 2016 sogar um $\frac{1}{4}$ Prozentpunkte sinken – auf $1\frac{1}{4}$ Prozent. Auch in Deutschland wird sich die Konjunktur spürbar abkühlen.

Die weltweite Wirtschaftsleistung dürfte 2016 um 3

Prozent wachsen, im kommenden Jahr ist mit 3¼
Prozent ein etwas stärkerer Anstieg drin.

Die beiden Hauptursachen für den verhaltenen globalen Ausblick auf das Jahr 2017 sind schnell ausgemacht: Der beschlossene Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU hat die konjunkturelle Unsicherheit seit Juni nachhaltig erhöht, die Wahl Donald Trumps zum 45. US-Präsidenten hat die weltweite Verunsicherung nun noch weiter steigen lassen.

Brexit und Trump als Risikofaktoren

Der Brexit. Die meisten Studien zeigen, dass die Folgen sowohl für das Vereinigte Königreich als auch für die EU und die einzelnen Handelspartner nicht zu unterschätzen sind. In Großbritannien selbst dürfte die hohe Unsicherheit aufgrund der Austrittsambitionen die Konjunktur erheblich bremsen.

In diesem Jahr beläuft sich das Wirtschaftswachstum des Vereinigten Königreichs auf 2 Prozent, 2017 dürfte die Expansionsrate nur noch 1 Prozent betragen.

In Deutschland, einem wichtigen Handelspartner Großbritanniens, verringert der anstehende Brexit das Wachstum bereits im Vorfeld der Verhandlungen um schätzungsweise einen Viertelprozentpunkt. Weitere dämpfende Auswirkungen dürften folgen, sobald die Austrittspläne konkreter werden.

Der Trump-Effekt. Schon vor der amerikanischen Präsidentschaftswahl zeigte sich der Welthandel wenig dynamisch, in Amerika selbst hielten sich vor allem die privaten Investoren seit Monaten zurück.

In den USA waren die privaten Investitionen bereits zum Jahreswechsel 2015/2016 rückläufig, im dritten Quartal 2016 lagen sie dann um 2,7 Prozent unter dem Vorjahreswert.

Da auch nach der Wahl Donald Trumps nicht klar ist, wohin die USA außen- und wirtschaftspolitisch steuern, wird das BIP-Wachstum der größten Volkswirtschaft der Welt dieses Jahr 1½ Prozent nicht übersteigen. Im kommenden Jahr dürfte es nur bei 2 Prozent liegen. Wie sich die Finanzmärkte entwickeln, falls Trump tatsächlich einen wirtschaftspolitischen Kurs der Isolation einschlägt, ist derzeit kaum abzuschätzen.

Was Europa jetzt tun muss

Angesichts dieser vielen Unwägbarkeiten ist es an der europäischen Politik, stabilisierend zu agieren und ein investitionsfreundliches Klima zu schaffen. Dazu müssen die Europäer

1. Fortschritte beim **Abbau der Staatsschulden** erzielen,

1. die **Freizügigkeit** innerhalb Europas **aufrechterhalten**,

1. die **Handlungsfähigkeit in der Handelspolitik** wahren, vor allem durch eine zügige Ratifizierung von CETA und weitere Anstrengungen für den Abschluss von TTIP,

1. sowie die **Reformen in den südeuropäischen Krisenländern** vorantreiben.

Entscheidend ist, dass Europa berechenbarer wird und in einem Umfeld der globalen Verunsicherung als politische Einheit agiert.

Kernaussagen in Kürze:

- Das weltweite Bruttoinlandsprodukt dürfte in diesem Jahr um 3 Prozent wachsen, für 2017 rechnen die IW-Forscher sogar mit einem etwas stärkeren Anstieg.
- Die Unsicherheit ist allerdings groß – vor allem wegen des angekündigten Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU und der Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten.
- Die europäische Politik muss nun stabilisierend agieren und ein investitionsfreundliches Klima schaffen.